Laibacher Zeitung.

Nr. 295. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Montag, 23. Dezember

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2m. 80 kr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben den Oberlieutenant des Pensionsstandes Stephan Grafen Starhemberg die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. Dezember d. J. dem Oberinspector der Generalinspection der österreichischen Eisenbahnen Gustav Grünebaum in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung den Titel eines kaiserlichen Rathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Banhans m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. Dezember d. J. dem dem Reichsgerichte als Leiter der Hilfsämter zugewiesenen Hilfsämteroffizial des vormaligen Staatsrathes Karl Schwarzbek den Titel und Charakter eines Ministerial-Hilfsämterdirektors mit Nachsicht der Taxen allergnädigst zu ernennen geruht.

Auersperg m. p.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Hanns v. Wening-Ingenheim auf Hirschhorn, Sigmund Wedemeier, Johann Schieder und Eugen Deimel die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Niederösterreichischer Bauverein" mit dem Sitze in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Justizminister hat die bei dem Oberlandesgerichte in Graz erledigte Rathssecretärsstelle dem dortigen Rathssecretärsadjuncten Karl Hochenburger und die hiedurch erledigte Rathssecretärsadjunctenstelle dem Bezirksrichter in Ober-Vellach Wilhelm Fräß v. Ehrfeld auf dessen Ansuchen verliehen.

Der Justizminister hat den Auscultanten Joseph Hirschmann zum Bezirksgerichtsadjunkten in Paternion ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Staatsvoranschlag für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder für das Jahr 1873.

Staatsausgaben	Ausgaben ordentliche	außerordentliche	Summe
	Gulden in österreichischer Währung		
I. Allerhöchster Hofstaat	4,650.000	1,500.000	6,150.000
II. Cabinetskanzlei Sr. Majestät	72.215	—	72.215
III. Reichsrath	460.783	—	460.783
IV. Reichsgericht	23.000	—	23.000
V. Ministerrath	643 497	—	643.497
VI. Ministerium des Innern	14,493.095	2,851.091	17,344.186
VII. Ministerium für Landesvertheidigung	7,291.481	1,712.719	9,044.200
VIII. Ministerium für Cultus und Unterricht	7,378.908	1,960.403	9,339.311
XI. Ministerium der Finanzen	64,472.241	15,390.812	79,863.053
X. Handelsministerium	17,936.887	4,761.750	22,698.637
XI. Ackerbauministerium	9,190.100	1,597.800	10,787.900
XII. Ministerium der Justiz	14,865 312	607.587	15,472.899
XIII. Oberster Rechnungshof	144.000	—	144.000
XIV. Pensionsetat	11,914.087	8.300	11,922.387
XV. Subventionen und Dotationen	3,005.000	16,978.950	19,983.950
XVI. Staatsschuld	80,484.738	16,106.145	96,590 883
XVII. Verwaltung der Staatsschuld	730.800	63.300	794.100
XVIII. Beitragsleistung zum Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten	77,998.461	—	77,998.461
Gesammtsumme des Erfordernisses	315,754.605	63,538.857	379,293.462

Staatseinnahmen	Einnahmen ordentliche	außerordentliche	Summe
	Gulden in österreichischer Währung		
I. Allerhöchster Hofstaat	—	—	—
II. Cabinetskanzlei Sr. Majestät	—	—	—
III. Reichsrath	—	—	—
IV. Reichsgericht	—	—	—
V. Ministerrath	476.950	—	476.950
VI. Ministerium des Innern	840.341	15.779	856.120
VII. Ministerium für Landesvertheidigung	33.289	—	33.289
VIII. Ministerium für Cultus und Unterricht	145.773	500	146.273
IX. Ministerium der Finanzen	299,211,497	4,989.841	304,201.338
X. Handelsministerium	19,404.880	3,000.000	22,404.880
XI. Ackerbauministerium	9,786,941	17.569	9,804.510
XII. Ministerium der Justiz	311.085	—	311.085
XIII. Oberster Rechnungshof	—	—	—
XIV. Pensionsetat	—	—	—
XV. Subventionen und Dotationen	—	7.529	7.529
XVI. Staatsschuld	—	3,984.000	3,984.000
XVII. Verwaltung der Staatsschuld	8.000	—	8.000
XVIII. Einnahmen aus der Veräußerung vom Staatseigenthum	—	1,538.000	1,538.000
XIX. Zahlung der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft	—	2,200.000	2,200.000
XX. Einnahmen aus der Realisirung von Zentralaktiven, event. aus der Begebung von Rententiteln	—	6,500.000	6,500.000
XXI. Aus den am Schlusse des Jahres 1872 verbliebenen Kassenresten	—	30,289.000	30,289.000
Gesammtsumme der Bedeckung	330.218.756	52,542.218	382.760.974

Der Wahlreform-Entwurf

bildet noch fort das Thema zur publicistischen Betrachtung und kritischen Beleuchtung.

Die „Bohemia" erklärt: Die Bevölkerung ist mit den besten Hoffnungen für das Gelingen der Wahlreform erfüllt; es sei irrig, anzunehmen, daß das Reichswahlgesetz nicht ganz fertig wäre. Indem das Ministerium seine Detailbestimmungen einer Ueberprüfung durch die Repräsentanten der einzelnen Länder unterziehen läßt, will es augenscheinlich nur ganz partiellen Verbesserungen Raum bieten, und dieses allerdings nur in einem gewissen Umfange. Es ist wahrscheinlich, daß daraus, z. B. aus einer gewünschten stärkeren Vertretung Wiens, eine Vermehrung der Ziffer von 120 Abgeordneten eintritt, und dieselbe auf 130 oder selbst 140 gesteigert werden dürfte. In jedem Falle hat mit dieser Initiative die Regierung einen neuen Beweis ihres Entgegenkommens gegeben und dies auch nach einer Seite hin, die sie ihrer prinzipiellen Haltung wegen im ersten Stadium der Angelegenheit noch nicht heranziehen konnte. Die Ueberprüfung der Operate dürfte gewiß sehr bald geschlossen sein und mit dieser die Wahlreform in ihren beiden für die legislative Erledigung nothwendigen Formen des Verfassungs- und Reichswahlgesetzes binnen kürzester Frist auf dem Tische des Hauses niedergelegt werden.

Der „Tagesbote aus Böhmen" sagt, daß er bereit ist, die Wahlreform, wie sie geht und steht, trotz aller Mängel sofort anzunehmen. Denn, wie dem immer sei, das Abgeordnetenhaus wird erst dadurch ein echter Zentralpunkt Oesterreichs, gelangt erst dadurch zum unmittelbaren Verkehr mit dem Volke und dadurch zu einem größeren Gewichte nach oben, nach unten und nach außen. Der Reichsgedanke gewinnt an Verbreitung und Greifbarkeit, die Reichsbürgerschaft an Recht und Inhalt. Und weiter bemerkt er, es gibt wohl „Abgeordnete, welche da meinen, das Seltsamste von der Welt wäre, daß die Verfassungspartei zusammenkommt und eine Wahlreform zustandebringt, durch welche ihre Macht gefährdet werde. Wir aber gehen von einer anderen Anschauung aus; wir denken, daß wir uns daran gewöhnen müssen, zeitweilig in der Minorität zu sein, wenn nur die Verfassung und das Gesetz gewahrt bleiben. Eine Zweidrittel-Majorität werden die Gegner des Reiches und der Verfassung nie erlangen, und wenn sie vorübergehend eine kleine Majorität gewinnen sollten, so wird nur auf einen zweiten Hohenwart ein potenziertes Ministerium Auersperg folgen, der Großgrundbesitz aber wird dann an seinem Wahlrechte bedeutend mehr verlieren, als ihm nun als Gewinn zugestanden worden ist."

Der wiener Correspondent des „P. L." schreibt: „Ueber die Grundprinzipien selbst hat sich allmälig auch die öffentliche Meinung bereits ihr Urtheil gebildet, und lautet dasselbe, allerdings nicht ohne Reserven, zustimmend. Diese Reserven sind die alten, sie nehmen die Vermehrung des Großgrundbesitzes zum Ausgangspunkte, ein Standpunkt, der theoretisch ganz berechtigt ist, dessen praktischen Unwerth jedoch die überwiegende Mehrheit der Organe selbst einzusehen beginnt, da sie sich die Frage, ob unter anderen Verhältnissen auf die Zustimmung des Centrums zu rechnen sei, selbst verneinend beantwortet. Die anderen Bedenken, die geringe Ziffer der Vermehrung, werden heute nicht mehr entschieden betont, nachdem man erkennt, daß ein bloßes arithmetisches Verhältnis keine politische Frage bilden könne. Im übrigen ist die Differenz zwischen dem weitgehendsten Postulate — dem auf Verdopplung, das übrigens in der Conferenz nur von einer Seite gestellt wurde — und der Regierungsziffer keine so enorme, daß nicht die jetzt zugestandene mäßige Erhöhung sie zu überbrücken vermöchte. Inzwischen thürmen sich die Schwierigkeiten, welche der Wahlreform entgegengesetzt worden, und liegt darin die eindringliche Mahnung an die Verfassungspartei, innig zusammenzustehen. Erhebt heute doch sogar der „Volksfreund" die Forderung nach Entschädigung der Kirche für das ihren Virilstimmen im Landtage jetzt entzogene „Recht", an der Reichstagswahl theilzunehmen, und von demselben Standpunkte könnten auch die anderen Virilstimmen, z. B. die Rectoren, die „Entschädigung" beanspruchen, davon gar nicht zu reden, daß schon die Aufstellung dieser Forderung die Verwirrung aller Rechtsbegriffe, wie sie die stete Infragestellung des Verfassungsrechtes geschaffen, in einer Weise illustriert, daß man nicht weiß, ob man es da mit einem politischen Postulate oder einer Verhöhnung des Verfassungsrechtes zu thun hat. Die Bischöfe, resp. die Kirche, haben in dem Herrenhause eine genügende Vertretung; wollen die geistlichen Oberhirten auch im Volkshause repräsentiert sein, dann mögen sie dafür sorgen, daß sie dorthin von der Bevölkerung entsendet werden. Oder wollte das ultramontane Blatt mit seiner Forderung andeuten, daß bei directen Wahlen die Kirche hiezu keine Aussicht habe? Ein trauriges Armuthszeugnis für den Episkopat und seinen Klerus. Ueber die Verhandlungen der Regierung mit den Polen wird heute schon viel — erfunden. Diese Verhandlungen entziehen sich der Oeffent-

lichkeit, und wird man gut thun, Meldungen hierüber mit berechtigter Vorsicht aufzunehmen."

„Pesti Naplo" präliminiert alle Vortheile, welche die Verfassungspartei in Oesterreich von der Loslösung des Reichstags von den Landtagen erwartet. "Die Zukunft werde zeigen, ob diese weitgehenden Erwartungen übertrieben waren oder nicht. „Pesti Naplo" geht auf die Frage nicht ein, sondern will nur constatieren, daß die Verfassungspartei ohne Ausnahme in der Wahlreform die Vorbedingung der sichern Entwicklung sieht, und daß diese Partei sowohl vom allgemeinen constitutionellen Standpunkte als von dem Standpunkte der speziellen Verfassungsrechte und jenem der Opportunität das volle Recht hat, jene Politik zur Geltung zu bringen, von welcher sie die staatliche und constitutionelle Consolidierung Oesterreichs erwartet. „Naplo" will der Hoffnung Ausdruck geben, daß die österreichischen Politiker bei Erledigung der tiefeinschneidenden Frage auf der Höhe der Situation stehen werden. „Es wäre", so sagt das genannte Blatt, „ein verhängnisvoller Fehler, wenn sich auch bei dieser Angelegenheit das Gezänke über die kleinen Details, die bis zur Verstocktheit gehende individuelle Anschauung, das Fingerziehen geltend machen würde. Bei dieser Frage wird stets das Ganze und nur in zweiter Linie das Detail in Betracht gezogen werden. Die Wahlreform ist nicht allein eine Frage des Liberalismus, sie ist par excellence eine Frage der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Stellung der verfassungstreuen Partei und mit dieser der deutschen Elemente. Die Solidarität, welche zwischen der parlamentarischen Majorität in Ungarn und der Verfassungspartei in Oesterreich besteht, gebietet uns, zu wünschen, daß in Oesterreich vollständiger Erfolg das begonnene Werk könne. Die Deakpartei kann nicht gleichgiltig zusehen, wenn die verfassungstreuen Elemente in Oesterreich Hand an die Aufgabe legen, von deren erfolgreicher Lösung wir die Consolidierung unseres constitutionellen Lebens erwarten. Die Consolidierung der Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich berührt auch unsere Interessen, und im klaren Bewußtsein dessen knüpfen wir unsere wärmsten Sympathien an die große Action der Verfassungspartei theilnahmsvoll."

Die „Nordd. allg. Ztg." schreibt: „Mit dem Wahlreformgesetz thut Oesterreich einen wichtigen Schritt vorwärts zur Befestigung des Bandes, welches die Königreiche und Länder diesseits der Leitha zusammenhält, zugleich wird damit ein langjähriges Disideratum derjenigen Parteien erfüllt, denen aufrichtig an der Befestigung der Zustände gelegen, welche seit dem Jahre 1867 maßgebend für den Kaiserstaat geworden sind. Auch die Ungleichheit, welche bisher hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte in den beiden Hälften der österr.-ungar. Monarchie bestand, wird dadurch für den politisch reifen Theil der Wähler beseitigt, wie ja hinsichtlich der Pflichten die Uebereinstimmung längst hergestellt worden ist. Die bisherige Wahlordnung bildet in vielfacher Beziehung auch das Fundament der neuen. Auch diese ist durch Beibehaltung des Gruppensystems so angelegt, daß die Interessenvertretung darin reichlich Raum findet. Im übrigen trägt der Entwurf durch die Vermehrung der Abgeordneten des Großgrundbesitzes und der Landgemeinden um fünfzig Perzent einen vorwiegend conservativen Charakter. Dem liberalen Element ist durch Bewilligung der direkten Wahl für die Städte und durch Vermehrung der städtischen Wahlbezirke Rechnung getragen, dem Zentralismus durch die Bestimmung eine bedeutsame Concession gemacht, daß die Wahlberechtigten jedes einzelnen Landes auch in jedem anderen im Reichsrathe vertretenen Lande wählbar sind."

Die „Spener'sche Zeitung" hebt mit kurzen Worten die Vorzüge hervor, welche das neue Wahlsystem gegen das frühere auszeichnen. So schreibt dieses Blatt: Unter den gegen das frühere Wahlsystem eingetretenen Veränderungen ist die Einführung der direkten Wahl und die Herstellung der Wählbarkeit des Einzelnen in dem ganzen Umfang der westlichen Reichshälfte die Hauptsache. Damit ist den Minoritäten der einzelnen Länder in dem Reichsrath die Vertretung gesichert, während bisher die jeweilige Majorität des Einzellandtages einfach die Vertretung des Landes in dem Reichsrath bestimmte."

Reichsrath.

19. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 19. Dezember.

Se. Durchlaucht Präsident Fürst Carlos Auersperg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Auf der Ministerbank: Freih. v. Lasser, Freih. de Pretis, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Stremayr, Dr. Banhans, v. Chlumecky und Oberst Horst.

Von Seite des Handelsministeriums und des Ministeriums für die Landesvertheidigung werden in mehreren Zuschriften Mittheilungen über die Sanction mehrerer vom Herrenhause in der abgelaufenen Sessionsperiode beschlossenen Gesetze gemacht.

Es werden Petitionen überreicht: „der lemberger Handelskammer in Betreff Aufhebung des Salzmonopols; der Stabs- und Oberoffiziere des Reservestandes in Görz um Verbesserung ihrer Bezüge; der Gemeinde Retnitz betreffend die Ausführung der Eisenbahn von Laibach durch das Gurkthal bis Karlstadt; von 7 Gemeinden aus Ober-Oesterreich betreffend den Bau der Bahn von Wels nach Böhmisch-Wallern; ferner eine Petition der pensionierten Staatsbeamten in Ober-Oesterreich wegen Theuerungsbeiträgen; des Vereins der Gewerbetreibenden in Budweis um Abänderung des Genossenschaftsgesetzes; von Wegmeistern in Steiermark, Ober-Oesterreich und Salzburg um Erhöhung ihrer Pensionsbezüge; von Marktgemeinden in Steiermark um Aufhebung des Legalisierungszwanges so wie eine Petition des Zentralausschusses der steiermärkischen Landwirthschaft um Abänderung des vom Abgeordnetenhause beschlossenen Genossenschaftsgesetzes; des Gemeinderathes in Wien wegen Aufhebung der Verzehrungssteuer.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses macht Mittheilung von den in seinen letzten Sitzungen beschlossenen Gesetzentwürfen.

Es wird zur Tagesordnung geschritten und wird das Gesetz über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften über Antrag des Freiherrn v. Hye der vereinigten juridisch-politischen Kommission zugewiesen.

Hierauf folgt die erste Lesung des Gesetzes betreffend die Bewilligung zur Vereinigung mehrerer Grundstücke mit dem markgräflich Pallavicini'schen Fideicommisse in Mähren so wie des Gesetzes betreffend die Bewilligung zur Errichtung einer gräflich Baworowskischen Fideicommisses.

Beide Gesetzentwürfe werden über Antrag des Präsidenten der Fideicommiß-Kommission zur Vorberathung übergeben.

Mit der Vorberathung des dritten Jahresberichtes der Staatschulden-Controlkommission wird die Finanzkommission betraut.

Der Postvertrag mit Deutschland wird der Staatsvertrags-Kommission zur Vorberathung zugewiesen mit dem Auftrage, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes von allen in der Geschäftsordnung gestatteten Abkürzungen Gebrauch zu machen, insbesondere von der Drucklegung des Berichtes Umgang zu nehmen und in der nächsten Sitzung des Hauses Bericht zu erstatten.

Der Gesetzentwurf betreffend die Praxis der Wundärzte wird der politischen Kommission zugewiesen.

Es folgt nunmehr die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betreffend „die Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann die Bestreitung des Staatsaufwandes in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1873." Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Zur Action des ungarischen Reichstages.

Im Abgeordnetenhause wurden die Gesetzentwürfe über die Auflassung der Finanzobergerichte, die Vermehrung des Richterpersonals bei dem pester Handels- und Wechselgerichte, dann über die Bewilligung des Rekrutencontingents pro 1873 und die Bedeckung des Friedensstandes der ungarischen Cavalerieregimenter in dritter Lesung angenommen und dem Oberhause zugeschickt. Ferner wurde der Präsident damit betraut, anläßlich des Geburtsfestes der Kaiserin Allerhöchstderselben die Glückwünsche des Hauses zu überbringen.

Im Oberhause gelangte der Anlehensgesetz-Entwurf zur Verhandlung. Graf Johann Eziraky wünscht das Gleichgewicht im Staatshaushalte durch Ersparnisse herzustellen. Es sprechen noch Baron Gabriel Pronay, Nikol. Herzog. Graf Ferd. Zichy wirft der Regierung Mangel an Aufrichtigkeit vor; er findet aber, da das Deficit der verflossenen Jahr ebenso wie das wahrscheinliche des nächsten Jahres bedeckt werden muß, kein anderes Mittel als die Aufnahme einer consolidierten Schuld.

Graf Anton Széchényi findet, daß eine Debatte über die Finanzpolitik in die Budgetdebatte gehöre; bedauerlich sei es jedoch, daß die Maßregeln der Regierung eines inneren Zusammenhanges entbehren und einen Ueberblick über die gesammte Finanzwirthschaft erschweren.

Finanzminister Kerkápoly verwahrt sich gegen den Vorwurf von Unaufrichtigkeit, da die Regierung alljährlich das Deficit präliminierte, und zwar im Jahre 1870 mit 20 Millionen, für 1871 mit 20 Millionen und für 1872 mit 27 Millionen, zusammen 67 Millionen. Hiezu kommen noch die präliminierten, aber nicht eingeflossenen gemeinsamen Aktiven durch drei Jahre, was zusammen ein Deficit von 80 Millionen ausmache. Wenn er daher zur Deckung eines Theiles des Deficits ein Anlehen im Nominalwerthe von 40 Millionen verlange, so sei das Vorgehen der Regierung gewiß gerechtfertigt.

Hierauf wird der Anlehensgesetzentwurf im allgemeinen und im besonderen angenommen.

Zur Action in Preußen.

In der am 19. d. stattgefundenen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses brachte der Handelsminister eine große Eisenbahnvorlage ein, bezweckend: 1. Die Herstellung einer direkten Verbindung zwischen Eydkuhnen und Metz. Von dieser Linie ist fertig die Strecke Eydkuhnen-Berlin und Diedenhofen-Metz; auszubauen sind die Strecken Berlin-Wetzlar über Stol-

Feuilleton.

Kurfürstin und Hofdame.

Historische Novelle von Albert Höfer.

(Fortsetzung.)

Hinter einem Haufen schwerer Aktenstüße saß der Kurfürst Karl Ludwig in seinem Arbeitszimmer. Die grünseidenen Vorhänge waren zusammengezogen, um ein mildes Dämmerlicht zu erhalten. Der Kurfürst hatte den Kopf in die linke Hand gestützt, während die rechte emsig bemüht war, mit der Feder verschiedene Figuren auf das Papier zu machen.

Er sah blaß und leidend aus und bisweilen seufzte er tief und schwer auf. Das Leben hatte ihm in letzter Zeit wenig Freuden gebracht; nicht allein daß seine auswärtigen Angelegenheiten ihm viel Sorge machten, auch seine Häuslichkeit befriedigte ihn immer weniger. Erholungsstunden in den Gemächern seiner Gemahlin gab es für ihn nicht mehr; ihr launenhaftes Wesen, das immer mehr zunahm, ließ ihn ihre Gegenwart fliehen und sich immer mehr von der Welt und ihren Freuden zurückziehen. Nur noch wenig Sonnenblicke gab es für sein verdüstertes Dasein, wenn er in der Ferne die glockenreine Stimme der kleinen Maria hörte oder ihre zarte Gestalt unten im Schloßgarten an der Seite seiner Gemahlin vorübergehen sah.

Gesprochen hatte er sie nur vorübergehend. Karl Ludwig war ein zu ehrenhafter Charakter, um sich in Gefahr zu begeben, auch nur in Gedanken gegen seine Gemahlin zu sündigen, aber es war ihm unmöglich, Maria gegenüber kalt zu bleiben, so sehr er sich auch zu beherrschen strebte. Darum sehnte er jetzt fast den Augenblick herbei, der sie für immer seinem Gesichtskreis entrücken werde, denn der Ritter de Bailly würde gewiß nicht säumen, seine junge Gemahlin sofort nach der Hochzeit an den glänzenden Hof Frankreichs zu führen. Zwar hatte er dem holden Wesen einen andern, ihrer würdigen Gatten gewünscht, aber sie liebte ihn ja so leidenschaftlich, wie ihm die Kurfürstin gesagt, daß sie nicht von ihm lassen wollte.

Wie weh ihm der Gedanke that, daß sie einen Mann leidenschaftlich liebte! Der Kurfürst konnte sich nur mit Gewalt zur ruhigen Entsagung zwingen, die ihm doch geziemte, und er fühlte, daß ihm noch manche qualvolle Stunde bevorstand, bis er wieder Ruhe haben würde. Ruhe vor sich selber — Ruhe vor seinem eigenen Herzen — Ruhe vor den vorwurfsvollen Blicken seiner Gemahlin, welche mit scharfem Auge den Zustand seines Innern errieth.

Ein leises Klopfen an die Thür seines Cabinetes schreckte den Kurfürsten aus seinem Sinnen empor. Unwillig über die Störung wollte er sich erheben, als schon die Thür geöffnet wurde und eine Frauengestalt die Schwelle überschritt. Der Kurfürst ergriff krampfhaft die Lehne seines Sessels, ein dichter Nebel legte sich vor seine Augen — ihm gegenüber stand Maria von Degenfeld.

Maria blieb mit gesenkten Augen, das liebliche Antlitz von Purpurröthe übergossen, an der Schwelle stehen. Vergebens suchten beide nach Worten, vergebens wollte der Kurfürst sich zur Ruhe und Besonnenheit zwingen, er dachte und sah nichts als sie, die seine Seele ganz erfüllte, er fühlte ihre lebenswarme Gegenwart, hörte das Rauschen ihres seidenen Gewandes.

„Verzeihung, Durchlaucht," stotterte Maria endlich. „Verzeihung, daß ich zu Ihnen eindringe — ich konnte nicht anders. Haben Sie Mitleid mit mir, Durchlaucht, seien Sie gerecht und dann lassen Sie mich fort — weit fort von hier."

Sie brach in Thränen aus, und diese brachten den Kurfürsten wieder zu sich.

„Um Gotteswillen, was ist Ihnen, Maria? Was bedeutet dies?" rief Karl Ludwig aus, indem er das weinende junge Mädchen zu einem Sessel führte, auf welchen sie erschöpft niedersank.

„Gerechtigkeit, Durchlaucht! Retten Sie mich vor dem Ritter de Bailly!"

„Ihrem Verlobten?" fragte der Kurfürst erstaunt.

„O, nun ist alles verloren!" schrie Marie auf. „Auch Sie hat man schon mit diesem Lügengewebe umsponnen! So bleibt mir nichts übrig, als mich in mein Schicksal zu ergeben."

Eine sonderbare Ahnung tauchte in dem Kurfürsten auf.

„Beruhigen Sie sich, Maria," sagte er sanft. „Was es auch sei, Gerechtigkeit soll Ihnen werden. Theilen Sie mir mit, was Sie zu mir führt, was mit dem Ritter de Bailly geschehen ist, und dann werden wir weiter sprechen."

Getröstet trocknete sich Maria die Thränen, und dann versuchte sie dem Kurfürsten alles mitzutheilen, was sie selbst von ihrer ersten Begegnung mit dem Ritter de Bailly an wußte, bis zu dem Augenblick, wo die Kurfürstin sie so schonungslos verdammte.

berg und Eschwege; Wetzlar-Lohnstein ist ebenfalls fertig. Die Kosten für die Strecke Berlin-Wetzlar betragen 50 Millionen, für den Rest 20,750.000 Thaler. 2. Den Bau der Linie Hanau-Friedberg; 3. Godelheim-Hanau und Godelheim-Ottbergen; 4. Welwer-Dortmund; 5. Harburg-Hannover; 6. Saarbrücken-Neukirchen und 7. den Ausbau der berliner Verbindungsbahn. Die Kosten für diese Linien betragen 101,920.000, ferner für ein zweites und drittes Geleise 3 Millionen und für die Vermehrung des Betriebsmaterials 9 Millionen Thaler.

Der Bankpräsident hält den letzten Bankausweis für sehr günstig; die Notencirculation sei immer noch mit 58½ pCt. Metall bedeckt. Dem Wechselportefeuille von 170 Millionen waren 80 bis 90 Millionen in vier Wochen fällig. Auch das ist so günstig, daß keine Bank besser fundiert ist als die preußische. Die im September erfolgte Discounterhöhung war eine Warnung, die anfangs wirkte, dann aber in dem Gründungseifer verhallte. In der gegenwärtigen Lage nütze eine weitere Discounterhöhung nicht, da die Bank nicht an Metallabfluß, sondern fast am Gegentheil leidet. Mit dem neuen Jahre fließen dem Verkehre große Mittel zu: 28 bis 30 Millionen Bundesanleihe, die eingelöst wird, ferner 30 Millionen an Dividenden. Eine weitere Discounterhöhung würde nur den gesunden Verkehr, nicht die Gründer treffen.

Inbetreff der Aenderungen in den höchsten Regierungskreisen bemerkt die „Nationalzeitung": „Es sind jetzt gerade fünfzig Jahre, daß der Staatskanzler ausstarb und einging. Der hatte die auswärtigen Angelegenheiten eine zeitlang selbst in der Hand gehabt, oder er hätte wenigstens mit ein Auge auf sie haben sollen, gleichwie er auch eigentlich an der Spitze sämmtlicher Verwaltungszweige zu stehen hatte, von denen ihm einige ausdrücklich übergeben waren. Es wurde alles mögliche und unmögliche, es wurde viel oder alles von Hardenberg verlangt; der Fehler war nur, daß ihm zu seinen Pflichten und Obliegenheiten nicht auch Rechte genug gegönnt wurden. Auf die Berufung und Entlassung der Minister hätte er einen viel größeren Einfluß haben müssen; und als nachher mit Einführung einer Verfassung ein Ministerpräsident geschaffen wurde, da schien auch dieser wieder am Nöthigsten Mangel zu leiden, wie vor ihm der Träger der verschollenen Kanzlerwürde."

Einen eigenthümlichen Vorschlag macht die „Vossische Zeitung", indem sie eine Organisierung der Reichs- und Staatsregierung anräth, die Aehnlichkeit mit der Einrichtung der Ministerien in Oesterreich hätte. Sie schlägt nämlich die Ausscheidung der Ministerien des Krieges und der auswärtigen Angelegenheiten aus dem preußischen Staatsministerium und Erhebung derselben zu Reichsministerien vor, indem sie schreibt: „Ein besonderes Kriegsministerium braucht Preußen so wenig wie ein anderer deutscher Staat; wo dasselbe wie bei der Rekrutierung, den Quartieren und anderen Geschäften mit der Zivilverwaltung in Berührung kommt, können diese auf ein besonderes Departement unter dem Ministerium des Innern übergehen. Noch überflüssiger für die Staaten ist ein Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, denn der politische Theil derselben ist mit der Consular-Verwaltung an das Reich abgegeben, und der geringfügige technische, welcher meist zu Unrecht bei den Staaten verblieben ist, kann sehr wohl von einem Legationsrath, allenfalls von einem Geheimenrath verwaltet werden."

Als sie geendet, sagte der Kurfürst mit vor Zorn bebender Stimme:

„Gehen Sie, Maria, Sie haben mein Wort, daß Ihnen kein Haar auf Ihrem Haupte gekrümmt wird — ich werde als Ihr Beschützer auftreten, wenn die Frau Kurfürstin ihre Pflicht vergessen sollte. Was den Ritter anbetrifft, so wird er am morgigen Tage den Hof verlassen, und es gewährt mir eine unendliche Beruhigung, daß sie ihm nicht als sein Weib folgen. Ja, man hat mir gesagt, Sie seien die Braut des Ritters, man hat mir gesagt, daß der Hof in kürzester Zeit mit der Nachricht Ihrer Verlobung überrascht werden sollte, und ich habe es geglaubt, wenn auch mit tiefem Schmerz, daß Sie Ihr schuldloses Herz jenem Elenden hingegeben. Danken Sie Gott, daß Sie den Netzen dieses ehrvergessenen Menschen entgangen sind. Im übrigen steht es Ihnen frei, meinen Hof zu verlassen, wann sie wollen, ja ich werde selbst dafür sorgen, daß Sie bald in Ihr wonniges Schwabenland zurückkehren können, wo keine Intriguen Ihnen gefährlich werden."

Seine Stimme zitterte so, daß Maria ihn erstaunt ansah, zugleich aber vor der Gluth, womit er sie anblickte, ihre Augen zu Boden senkte, während flammende Röthe ihre Wangen übergoß. Eine sonderbare Angst schnürte ihr die Kehle zusammen, sie vermochte kein Wort des Dankes über ihre Lippen zu bringen, noch die Augen wieder zu ihm zu erheben, und doch schauerte sie zusammen vor der Leidenschaft der Blicke, die sie auf sich ruhen fühlte. Halb bewußtlos erhob sie sich und schritt der Thür zu, ohne daß der Kurfürst sie noch länger zu halten versuchte.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Laibach, 22. Dezember.

Der k. ungarische Minister des Innern hat an sämmtliche Jurisdictionen des Landes eine Circularverordnung erlassen, worin dieselben mit der Lieferung von Daten beauftragt werden, welche sich auf das Waisen- und Curatelwesen beziehen. — Die Colonistenfrage wird von „Naplo" besprochen. Als endgiltig gelöst durch den vom Unterhause angenommenen Gesetzentwurf betrachtet „Naplo" dieselbe keineswegs und das Blatt möchte folgende Bestimmungen zur Geltung gebracht wissen. Diejenigen Kolonisten, die ihre Wohn- und Wirthschaftsgebäude erbten, kauften und verkauften, wirkliche Gemeinden bilden, sollen nach den Feststellungen des Gesetzentwurfes behandelt werden und solchen müsse allerdings auch ein Extravillan gestattet werden. Denjenigen Colonisten aber, die kein Eigenthumsrecht auf die Bauten und Gebäude haben, ist ohne Einwilligung des Eigenthümers nicht einmal ein Intravillan zu gestatten, und höchstens kann man den Grundherrn verpflichten, in der Feststellung des Verhältnisses zu den Colonisten dieselben Grundsätze walten zu lassen, welche der Staat zur Anwendung bringt.

Der florentiner „Nazione" wird von Rom berichtet: „Es ist wahr, daß Oesterreich sich in der Laurion-Frage eifrig zugunsten Italiens bemühte, aber es ist zu weit gegangen, wenn telegraphisch berichtet wird, es habe ein Schiedsgericht vorgeschlagen. Es kann infolge der Bemühungen Oesterreichs zu einem Schiedsgerichte kommen, aber bis jetzt ist dieses noch keine vollendete Thatsache."

„Salings Börsenblatt" behauptet, daß mit Camphausen keinerlei Verhandlungen wegen des Vorsitzes im preußischen Ministerium gepflogen worden seien. Selchows Demission wurde angenommen, diejenige Roons hingegen abgelehnt. Letzterer übernimmt das Präsidium im Ministerium.

Die Gerüchte von Unterhandlungen, welche die französische Regierung mit dem deutschen Cabinet wegen einer beschleunigten Regelung des Restes der Kriegsentschädigung eingeleleitet haben sollte, werden jetzt von officiöser Seite als verfrüht bezeichnet. Am 11. Dezember — heißt es in dieser Note — wurden die letzten 200 Millionen der dritten Milliarde erlegt; die Regierung hat infolge der anticipierten Einzahlungen auf die Anleihe die vierte Milliarde in Händen, will aber mit Rücksicht auf die Lage des Geldmarkets auch in ihren ferneren Zahlungen an Deutschland über das Maß von 200 Millionen monatlich nicht hinausgehen. Demnach würde gegen die Mitte des Jahres 1873 der Augenblick eintreten, in dem man der deutschen Regierung für die fünfte Milliarde vorgesehenermaßen Garantien bieten könnte; über diesen Punkt jetzt schon diplomatische Unterhandlungen einzuleiten, hätte keinen Zweck. — Einer Kundmachung des Finanzministeriums zufolge wird die Besteuerung ausländischer, an der Börse cotierter und in Frankreich emittierter Werthpapiere auf derselben Grundlage beruhen wie die Stempel- und Uebertragungsgebühren; folglich wird die Zahl der den beiden letzgenannten Gebühren unterliegenden Werthtitel für die Bemessung der Einkommensteuer dienen. — Der „Agence Havas" zufolge weist der Verlauf der Sitzung der Dreißiger-Kommission vom 19. d. auf weitere Fortschritte der versöhnlichen Stimmung hin. Seit einigen Tagen erscheinen auch zahlreiche Deputierte des rechten Centrums und selbst der Rechten bei den Empfangsabenden beim Präsidenten der Republik. Die letzte Abstimmung der National-Versammlung scheint die Petitionsbewegung merklich abgekühlt zu haben.

Der Senat in Spanien genehmigte definitiv den Gesetzentwurf über die Dotation des Klerus. — Die Cortes haben anläßlich einer Cabinetskrise ihre Sitzungen suspendiert. Echegaray übernimmt das Finanzportefeuille, Becerra das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Mosquera jenes für die Colonien.

Der Agent des Comité der auswärtigen Bondholders telegraphiert aus Constantinopel unterm 18. d., daß der türkische Finanzminister in officieller Weise jede Absicht einer Unificierung der Staatsschuld in Abrede gestellt hat.

Tagesneuigkeiten.

— Der kaiserliche Hof wird — wie die „L.-C." meldet — den Winter in der königlichen Residenz zu Ofen zubringen und sich erst kurz vor der Eröffnungsfeier der Weltausstellung nach Wien, resp. nach Reichenau begeben. Im Verlaufe des Winters werden wegen der Halbtrauer für die verstorbene Frau Erzherzogin Sophie weder Soiréen noch Hofbälle gegeben; hingegen werden zwei Cercles und einige Galadiners stattfinden. Die Weihnachtsfeiertage, sowie den Neujahrstag wird der Hof in Gödöllö im engsten Familienkreise zubringen und erst am 2. Jänner nach Ofen übersiedeln. Mit Sr. Majestät dem Kaiser kommt auch Prinz Rudolf sammt seinen Hofmeistern und dem Hofstaate von Wien nach Ofen.

— Se. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Karl Ludwig und zwei Prinzen sind am 19. d. in Görz eingetroffen. Man hat beschlossen, den hohen Gästen einen feierlichen Empfang zu bereiten, und daher begaben sich der Bürgermeister Graf Coronini und die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden auf den Bahnhof, um den Erzherzog Ludwig zu begrüßen und ihn und die Prinzen in die Stadt zu geleiten.

— (Stempel- und Portofreiheit.) Das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht hat im Einvernehmen mit den k. k. Ministerien für Finanzen und Handel entschieden, daß den Correspondenzen, welche zwischen den evangelischen Lehranstalten und den ihnen vorgesetzten Organen des Kirchenregiments geführt werden, die Stempel- und Portofreiheit zustehe.

— (Die Kleingewerbe-Enquete in Klagenfurt) hat am 19. d. begonnen; 24 Mitglieder nehmen theil. Sechs Arbeitervertreter sprechen dem Kleingewerbe die Existenzberechtigung ab und sagen ihm den unvermeidlich bevorstehenden Untergang voraus. Als einziges Rettungsmittel empfehlen sie die Association der Meister und Gehilfen unter Gewährung der Staatshilfe. Auch die allgemeine und die Fachbildung erklären die Arbeitervertreter als nur von negativem Werthe, worauf der Handelskammer-Secretär Canaval bemerkt, daß die Arbeiterführer ihre Macht nur der Unbildung der hinter ihnen stehenden Massen verdanken. Die Kommissionsarbeiten dürften in einigen Sitzungen vollendet werden.

Locales.

Zur Verfassungsfeier.

Nahezu anderthalbhundert Männer verfassungsfreundlicher Gesinnung versammelten sich am 21. d. abends in der Veranda der Casinorestauration, um den Geburtstag der Verfassung in würdiger Weise zu begehen. Der Restaurant Herr Ehrfeld decorierte den Versammlungsort mit entsprechenden Emblemen und servierte den Anhängern der Verfassung, darunter eine nicht geringe Anzahl von tüchtigen Streitern für Freiheit und Fortschritt, das billigst accordierte recht schmackhafte Souper.

Der Körper der Gäste hatte sich gestärkt und nun ging es daran, den für Gesammtösterreich höchst wichtigen Tag — den 21. Dezember — würdig zu feiern. Gleich wie vor eintausend achthundert vierzig Jahren zwölf Apostel das Evangelium der weiten Welt gepredigt, traten auch am 21. Dezember 1872 zwölf Apostel der Freiheit in die Schranken; sie constatierten die politische Gesinnung des constitutionellen Vereines in Laibach.

Wir wollen nun mit kurzen zusammengefaßten Worten jene inhaltsschweren Toaste, zwölf an der Zahl, wiederbringen, die von den anwesenden Verfassungsfreunden mit lautem patriotischen Beifall aufgenommen wurden.

Dr. Suppan (Vereinspräses): Heute müssen wir in gehobener Stimmung des Spenders der Verfassung gedenken, jenes erhabenen Monarchen, der dem österreichischen Volke das Recht einräumte, im Reiche „mitzurathen und mitzuthaten." Sollten heutzutage im constitutionellen Reiche nur Halbheiten geschaffen werden, so bin ich überzeugt, daß diese sich nicht lange ihres Daseins zu erfreuen hätten. Wir vertrauen mit Zuversicht auf die Kraft des liberalen Prinzips. Bringen wir dem constitutionellen Kaiser Franz Josef I., dem Bannerträger der Freiheit, ein dreifaches Hoch! (Dreimalige Hochrufe; die Musikkapelle stimmt die Volkshymne an.)

Alexander Graf Auersperg (k. k. Landespräsident): Ich sehe viele treue Anhänger der Verfassung hier versammelt, um das Geburtsfest der Verfassung zu feiern. Finanzlage, Industrie, Handel und Gewerbe in Oesterreich gedeihen unter den Fittigen der Verfassung. Ein „Hoch" der Verfassung! Ein „Hoch" auf ihre ruhig fortschreitende kräftige Entwicklung!

Dr. Ritter v. Kaltenegger (Landeshauptmann): Der Mensch ist ein geselliges Geschöpf; was es in Wissenschaft und Kunst erworben, bringt es in die Oeffentlichkeit und macht es zum Gemeingut aller. Für den Staatsbürger ist das Gefühl der Sicherheit und Ruhe ein beruhigendes. Die Ansicht, „es gebe kein Vaterlandsgefühl", ist Pessimismus. Im großen Oesterreich gilt die Devise: „Festhalten an der Treue gegen den Monarchen, an der Treue gegen die Verfassung; festhalten an Oesterreich." Oesterreich hoch, ein „Hoch" der Vaterlandsliebe!

Finanzsecretär Ertl: In Oesterreich werde nichts überstürzt, gehe alles wohlbedacht vorwärts, der Liberalismus diene zur Stärkung conservativer Interessen. Preußen gehe schneller vorwärts, insbesondere gegen ultramontane Gesetzesübertreter; die Kreisordnung entreißt dort der Junkerpartei die Reste feudaler Macht. Oesterreich möge sich zu gleicher Höhe erheben! Ich begrüße mit Freuden die Wahlreform, von deren Nothwendigkeit Ministerium und Verfassungspartei überzeugt sind. Die Zusammenschmelzung aller Völker zu einer Lebenseinheit sei das Losungswort in Oesterreich; die Spielereien der Föderalistischen können uns nur mehr ein mitleidiges Lächeln entlocken. Bringen wir ein „Hoch" dem Vorkämpfer der Freiheit in Oesterreich — dem österreichischen Reichsrath!

Dr. Schaffer: Im Staate gibt es viele Parteien. Im absoluten Staate war seinerzeit vom öffentlichen politischen Leben keine Rede; anders ist es in modernen, constitutionellen Staaten, in deren Reihe Oesterreich eingetreten. Leider finden wir in Oesterreich auch unlautere politische Parteien — die Anhänger der sogenannten Rechtspartei, die Helden der Fundamentalartikel, die Jesuitenpartei! — Die deutsch-österreichische oder Verfassungspartei ist der einzige gesunde Kern Oesterreichs; in ihr ruht die Zukunft Oesterreichs, nur mit ihr ist zu pactieren; weg mit allen

feigen Ausgleichsversuchen zwischen Regierung und Verfassungsgegnern! Nur im Lager der Verfassungspartei ist Oesterreich. Ein „Hoch" der deutsch-österreichischen Verfassungspartei!

Reg.-Rath Laschan: Werfen wir einen Rückblick auf die Action des Ministeriums während des letzten Jahres: In Böhmen wurde das Banner der Verfassung aufgerichtet; die Wahlreform verkündet uns die Schaffung eines Volksparlaments. Das gegenwärtige Ministerium ist ein Ministerium der That. Der Namensträger dieses Ministeriums ist dem uralten, rühmlichen und uns wohlbekannten Geschlechte der Auersperge entsprossen. Ein „Hoch" auf den Bestand des Ministeriums Auersperg!

Bürgermeister Deschmann: Krain ist ein Wunderland, birgt Wunder der Gesteinswelt, durchströmt von unterirdischen Gewässern. Krains Wunder wurden vom heimatlichen Historiographen Valvasor erzählt, von Barden besungen. Auch der bekannte Pater Abraham a Sancta Clara preist die Wunder Krains — die große Anzahl seiner Kirchen und Heiligen, seiner kernigen aber abergläubischen Kinder, aber dieser Aberglaube schwindet allmälig. Sogar in politischer Beziehung geschehen Wunder: die Anhänger der Fundamentalartikel greifen in neuester Zeit zur — Verfassung; das größte Wunder Krains besteht aber darin, daß im verfassungsgegnerischen Lager so viele Flüchtlinge vorkommen. Wollen wir in dieser Fahnenflucht ein erfreuliches Zeichen der Wendung zum Besseren erblicken. Wünschen wir, daß Krain unter dem Schutze der Verfassung gedeihen, daß der Racenhaß allmälig verschwinden und die finsteren Mächte vom politischen Schauplatze sich zurückziehen mögen!

Forstinspector L. Diemitz: Krain blickt mit Stolz auf einen Mann aus edlem Geschlechte, der schon vor einem halben Jahrhundert das erste Lied von der Freiheit in Oesterreich gesungen; auf einen Mann, dessen Wiege im Lande Krain gestanden. Ein „Hoch" dem edlen deutschen Sänger! „Hoch" Anastasius Grün! Ein Hoch dem Grafen Anton Auersperg!

Professor Dr. Suppan. Der Landmann trägt in der Regel conservativen Charakter, der nur zu häufig von dunklen Mächten irregeführt wird. Der Bürgerstand hat in der Neuzeit, in der Zeit der Freiheit einen bedeutenden Aufschwung genommen; Industrie und Handel haben auch diesen Stand politisch reif gemacht. Die Bürgerschaft in Laibach ist vorwiegend eine deutsche; echtes Bürgerblut fließt in ihren Adern; sie huldigt der Wissenschaft, unterstützt die Bildung der Jugend, und so fort- und vorschreitend wird in ihren Reihen der hier und dort auftauchende Zwiespalt allmälig verschwinden, die liberalen Elemente werden sich zusammenscharen zur Erreichung edler freiheitlicher Zwecke. Ein „Hoch" auf die verfassungstreue Bürgerschaft Laibachs!

Dr. v. Rühling entwickelt die Kulturgeschichte der Volksbildung, betont die Wichtigkeit und Wohlthat der neuen Schulgesetze, beleuchtet die Pflichten der Volksschule, illustriert die Action der Schulfeinde, constatiert, daß ein großer Theil der verfassungsfeindlichen Lehrer über seine bisherige Haltung mit sich in Kampf gerathen ist. Redner bringt ein „Hoch" dem verfassungstreuen Lehrerstande.

Dr. Keesbacher bringt ein äußerst humoristisch und sarkastisch verfaßtes Gedicht mit dem Refrain „Wirkung und Ursache" zum Vortrag, worin er betont, daß der That auch edle Absicht zu Grunde liegen müsse, die letztere sei aber in den Reihen der Wallfahrtenführer selten zu finden.

Vereinspräses Dr. Suppan: Ich spreche den aus weiter Ferne herbeigekommenen Theilnehmern und fremden Gästen den Dank des constitutionellen Vereins aus und beantrage denselben ein lautes „Hoch"! (Hochrufe und Beifall). —

Der Vereinspräses schließt in später Stunde die höchst animierte und in gehobener Stimmung befindliche Versammlung.

Lack-Triest.

(Fortsetzung.)

Der Standpunkt der Frage ist heute nicht der, die Distanz zwischen Triest und der Schweiz und Süddeutschland um einige Meilen zu verkürzen, um jenem Hafenplatz einen internationalen Verkehr von außerordentlicher Bedeutung zu erhalten oder mit Rücksicht auf den Suezkanal zuzuführen. Gegenwärtig besteht dieser Verkehr in der angenommenen Ausdehnung thatsächlich weder für Triest noch Venedig. Nach den bisherigen Erfahrungen müßte derselbe von Westdeutschland und der Schweiz aus nach Triest als günstigsten Aus- und Eingangspunkt geleitet werden. Um aber an die Lösung dieser Aufgabe zu schreiten, müßte zuerst die Arlberg- und Fernbahn gebaut sein, denn nur diese beiden Bahnen setzen die Tirolerbahnen direkt mit dem industriereichsten Gebiet Deutschlands und der Schweiz in Verbindung. Nachdem man aber für den Bau der einen dieser Bahnen 10 Jahre anspricht und von der Predilbohn behauptet, daß sie selbst in weniger als 4 Jahren vollendet werden kann, so hätte die Frage dieser Bahn noch Zeit zur Reife. Sie wird dann gerade in der Einschränkung der heutigen Regierungsvorlage ihre Lösung jedoch erst zu einer Zeit finden, wenn die größten Anforderungen an die Staatshilfe für andere wichtige Alpenübergänge befriedigt und der Verkehr auf den bestehenden Bahnen so lebhaft geworden sein wird, daß mit Beruhigung an die Ersetzung aller Reichsstraßen durch Eisenbahnen, an die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes geschritten werden kann, indem sich dafür auch die Kapitalskräfte finden werden.

Es handelt sich heute auch nicht darum, etwa den triester Handel mit Süddeutschland und der Schweiz oder etwa gar den mit dem übrigen Oesterreich vor der großen Gefahr einer erdrückenden Concurrenz Venedigs zu retten.

Für Triest stände im Frieden und unter normalen Verhältnissen vorderhand derselbe Weg und vertragsmäßig mit denselben Frachtkosten offen, wie für Italien. Nachdem aber die Durchfuhren über den Brenner aus Süddeutschland nach Italien im Jahre 1869: 228.793 Ztr., im Jahre 1870: 346.827 Ztr., aus der Schweiz nach Italien aber nichts — und anderseits die Durchfuhren aus Italien nach Süddeutschland im Jahre 1869: 143.602 Zentner und 43.400 Kubikfuß Bau- und Werkholz, im Jahre 1870: 186.706 Zentner und 42.800 Kubikfuß Holz, nach der Schweiz aber in beiden Fällen wieder nichts betragen haben, und nachdem sich dieses Zahlenverhältnis trotz des Suezkanals und trotz eines Vorsprunges von 27 Eisenbahnmeilen, welchen heute Venedig gegen Triest für die Benützung der Brennerbahn vor hat, ergab, so schrumpft umsomehr die Befürchtung italienischer Concurrenz auf dem österreichischen Markt infolge der Pontebabahn in ein Nichts zusammen.

Das unwürdigste Auskunftsmittel für den triester Handel wäre, einen Schutz für sich darin zu suchen, daß man den Güterverkehr zwischen Oesterreich und Italien von der natürlichen Straße wegzieht und über einen um mehr als 500 Fuß höheren Alpenübergang zwingt. Wäre der Handelsgeist von Triest nicht imstande, diese Concurrenz siegreich zu bestehen, zu welchen Hoffnungen berechtigt er dann für Verkehrseroberungen mit Süddeutschland und der Schweiz und wie würde solche Passivität die Opfer rechtfertigen, welche der Staat für den Bau der verlangten Bahn bringen muß?

Es handelt sich heute auch nicht etwa um ein berechtigtes Verkehrsinteresse eines großen Theils von Kärnten, welches jetzt nicht auch durch die Pontebabahn befriedigt werden könnte und das durch den Aufschub der Predilbahn oder die Fortsetzung der Rudolfbahn von Lack nach Triest bedroht wäre.

Ein solches Interesse gibt es heute nicht, wenn man nicht etwa das des raibler Bergbaues zu einer solchen Höhe aufschrauben will, oder wenn man nicht etwa gar im Unterlassen der Predilbahn andere Zukunftsprojekte, wie die Durchstollung des Malnitzer-Tauern oder die Uebersetzung des hohen Tauern bedroht hält. Die Kammer könnte nur wünschen, daß auch von diesen Projekten eines zur Ausführung köme; es wird das eine oder andere sicher einst an die Reihe gelangen, aber doch erst zu einer Zeit, in der alle dringlicheren Bahnen in belebten, an Industrie reichen Gegenden gebaut und zu einem Ertrag gelangt sein werden, wo der Staatsschatz nimmer für Eisenbahnen über andere und zunächst wichtigere Alpenübergänge in Anspruch genommen sein wird, in einer Zeit, wo weit mehr Industrie sich entwickelt haben wird, als heute ungeachtet des außerordentlichen Aufschwunges der letzten Jahre der Fall ist, oder dann, wenn das ganz Unwahrscheinliche gelänge, für solche Alpenbahnbauten wie bei der Mont-Cenis- oder Gotthardbahn das Zusammenwirken der beiden betheiligten Staaten zu erwirken, da ja für alle diese Bahnen die größte Bedeutung für den internationalen Verkehr geltend gemacht wird.

(Fortsetzung folgt.)

— (Laibacher Stadtanlehen.) Das von der Wechselstube der wiener Handelsbank mit der Stadt Laibach abgeschlossene Lottoanlehen im Betrage von $1^1/_2$ Millionen, das von dem krainer Landtage genehmigt worden, wird demnächst dem Reichstage zur Vorlage gebracht.

— (Das gestrige Militärconcert) in der Veranda der Casinorestauration war gut besucht; die Potpourris wurden sehr beifällig aufgenommen. Die Gesellschaft trennte sich spät nach 11 Uhr.

— (Aus dem Amtsblatte.) Kundmachung betreffend die Aufgreifung von Deserteuren. — Einladung betreffend die Befreiung von Neujahrswünschen. — Concursausschreibungen betreffend die Besetzung 1. einer Lehrerstelle an der Realschule in Imst; 2. einer Fuhrwesens-Aufseherstelle in Idria.

— (Die slovenische Bühne) bringt am 26. d. das nach Mosenthals „Sonnenwendhof" bearbeitete Volksbild „Na Odsojah" zu Aufführung.

— (Theaterbericht vom 21. d.) Donizetti's „Lucia von Lammermoor" wurde mit großem, stellenweise sogar stürmischem Beifall aufgenommen. Obgleich der Stimmfond der Frau Kropp (Lucia) infolge langwieriger Krankheit bedeutend geschwächt erschien, erkannten wir doch aus jedem Takte, aus jeder Passage, aus jeder Coloratur die geschulte, hochausgebildete Opernsängerin. Herr Stoll, der erst in letzter Stunde den Part des „Edgar" übernahm, leistete heute Vorzügliches; er hielt im Gesang und Spiel Maß und Ziel, seine Töne klangen weich, sympathisch, von tiefer Wärme durchglüht. Herr Woloff ließ alle Minen seiner Stimmittel springen, er sang den „Alhton" recht feurig. Die Herren Ausim (Norman) und Platt (Buklaw) waren in den kleinen Rollen recht wirksam. Der Beifall des gutbesuchten Hauses war ein verdienter, anhaltender; das Sextett am Schlusse des zweiten Aktes wurde meisterhaft vorgetragen und mußte wiederholt werden. Herr Pollak trat heute als „Bidebert" mit ganzer Kraft in Szene. Die Träger der Hauptpartien — Frau Kropp, die Herren Stoll und Woloff, wurden bei offener Szene und nach jedem Aktschlusse gerufen. Herr Stoll insbesondere erhielt für seine eminente Leistung den Lorbeer des Abends. Das Publikum verließ höchst befriedigt das Haus.

— (Theaterbericht vom 22. d.) Das Volksstück „Drei Paar Schuhe" von Görlitz bewährte auch bei uns seine Zugkraft; das Haus war sehr gut besucht und recht animiert. In erster Linie erhielten die Gesangspiecen des Fräulein Hardt und das Quodlibet am Schlusse des zweiten Aktes großen Beifall. Fräulein Hardt (Leni) erwirbt sich von Tag zu Tag mehr und mehr die Gunst und den Beifall des Hauses durch ihr natürliches, munteres und fleißiges Spiel und den pikanten Vortrag. Herr Ausim constatierte wieder seine besondere Befähigung für höhere Komik; sein „Flink" war recht natürlich. Herr Zwerenz tritt sehr drastisch in Action, aber er schien übersehen zu haben, daß „Julius von Nachtfalter," wenn auch moralisch gesunken, der höheren Gesellschaft angehört und nie ordinär, sondern mit Noblesse auftreten muß. Herr Carobe gab den Börsenmann „Stangelmaier" recht gut. Auch Herr Midaner ließ als „Maier" seine komische Kraft los. Fräulein Hardt und die Herren Ausim und Zwerenz wurden mit Beifall und Hervorrufen reichlich bedacht.

— (Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgericht Laibach.) Am 2. Jänner. Johann Krumpestar: schwere körperliche Beschädigung; Thomas Markes und Genossen: Diebstahl; Simon Mali und Genossen: Diebstahl. — Am 3. Jänner. Johann Kostrun und Bartelmä Ribnikar: schwere körperliche Beschädigung; Franz Stepic: schwere körperliche Beschädigung; Josef Požlep: Betrug.

Reichste Auswahl von schönsten u. geeignetsten Festgeschenken:

Unser reichhaltiges Lager von Jugendschriften, Bilderbüchern, Dichtern und Klassikern in feinen eleganten Einbänden, Pracht- und Kunstwerken, Photographien, Oelgemälden und Oelfarben-Druckbildern mit und ohne Goldrahme, Musikalien etc.

***Ign. v. Kleinmayr & Fed. Bambergs Buchhandlung** in Laibach.*

Telegraphischer Wechselcurs
vom 21. Dezember.

Papier-Rente 66.65. — Silber-Rente 70.60. — 1860er Staats-Anlehen 101.50. — Bank-Aktien 969. — Kredit-Aktien 333.50. — London 109.50. — Silber 108.80. — k. k. Münz-Ducaten —.— Napoleonsd'or 8.76

Handel und Volkswirthschaftliches.

Laibach, 21. Dezember. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 8 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 54 Ztr., Stroh 20 Ztr.), 18 Wagen und 2 Schiffe (12 mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mit. fl.	kr.	Mag. fl.	kr.		Mit. fl.	kr.	Mag. fl.	kr.
Weizen pr. Metzen	5	80	7	6	Butter pr. Pfund	—	43	—	—
Korn „	3	80	4	10	Eier pr. Stück	—	2½	—	—
Gerste „	3	20	3	18	Milch pr. Maß	—	10	—	—
Hafer „	1	80	2	7	Rindfleisch pr. Pfd.	—	24	—	—
Halbfrucht „		—	5	—	Kalbfleisch „	—	28	—	—
Heiden „	3	20	3	25	Schweinefleisch „	—	26	—	—
Hirse „	3	40	3	87	Schöpsenfleisch „	—	18	—	—
Kukurutz „	3	30	3	80	Hühndel pr. Stück	—	30	—	—
Erdäpfel „	1	70	—	—	Tauben „	—	15	—	—
Linsen „	5	40	—	—	Heu pr. Centner	1	30	—	—
Erbsen „	5	50	—	—	Stroh „	1	—	—	—
Fisolen „	4	80	—	—	Holz, hart., pr. Klft.	—	—	6	80
Rindsschmalz Pfd	—	53	—	—	weiches, 22"	—	—	5	—
Schweineschmalz „	—	42	—	—	Wein, roth., Eimer	—	—	15	—
Speck, frisch, „	—	30	—	—	— weißer „	—	—	13	—
— geräuchert „	—	40	—	—					

Lottoziehung vom 21. Dezember.
Triest: 14 38 20 8 26.

Theater.

Heute: Zum Vortheile des Schauspielers und Sängers Carl Midaner. **Ein Wort an den Minister.** Genrebild in einem Aufzuge von Langer. Diesem folgt: **Ein moderner Wichsier.** Solozene mit Gesang von Lechner, vorgetragen vom Herrn Zwerenz. Zum Schluß: **Die schöne Galathea.** Komische Operette in 1 Aufzuge von Poly Henrion.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° Reduciert	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
21.	6 U. Mg.	736.66	+ 0.4	windstill	ganz bew.	
	2 „ N.	736.81	+ 4.1	O. schwach	halbheiter	0.00
	10 „ Ab.	738.44	+ 1.8	windstill	ganz bew.	
22.	6 U. Mg.	738.60	+ 1.0	windstill	Höhennebel	
	2 „ N.	739.84	+ 2.8	N. schwach	heiter	0.00
	10 „ Ab.	741.69	+ 1.0	N. schwach	ganz bew.	

Den 21. erster sonniger Nachmittag nach mehrwöchentlichem trüben Himmel. Abendroth. Den 22. nach 6 Uhr Nebel bis Mittag anhaltend. Nachmittags sonnig. Abendroth. Das Tagesmittel der Wärme an beiden Tagen | 1·9° und + 0·8°; beziehungsweise um 4·0° und 3·2° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.